

Die Constitution.

Tagblatt

für constitutionelles Volksleben und Belehrung.

Verantwortlicher Redakteur:

L. Häfner.

Motto: Freiheit und Arbeit!

Mit-Redakteure:

M. Grizner. L. Haus.

N^o 66.

Wien, Samstag den 10. Juni

1848.

Wien 9. Juni. Sie haben sie ausgeschlossen vom Wahlrechte — die Arbeiter, sie haben ihnen, die für die Freiheit ehrlich und uneigennützig mitgekämpft haben, ihren Brüdern haben sie das Recht, an der Constitution des Vaterlandes, auch nur entfernt sich zu bethätigen, kurzweg verweigert; sie wollen nicht politische Rechte an das Gesamtvolk, das sie doch errungen hat, überlassen, sondern wieder privilegieren. Sie anerkennen den Staatsbürger nur bis zum dritten Stand, der vierte soll verpflichtet bleiben, aber auch unberechtigt. Sie wollen etwas Freiheit, aber nicht die ganze. Das Volk ist frei d. i. jeder Mann im Volke zählt wirklich mit und keiner ist eine Null — der Gedanke ist zu stark für ihre Nerven, zu großartig für ihre Kurzsichtigkeit. Vergebens mahnt sie die Geschichte, vergebens spricht der Geist unserer weltgeschichtlichen Tage zu ihren armen Seelen. Beschränkt rufen sie erst das Unglück hervor, dessen Gespenst sie ängstigen und das sie durch die unweiseste aller Maasregeln zu vermeiden meinen. —

Seht auf Frankreich! dort wurde der König von Gottes Gnaden, Carl X. auf die Flucht geschickt, um die Krone dem Bürgerkönige, dem Manne mit dem grünen Regenschirme auf das Haupt zu spielen. Der dritte Stand wurde im Juli 1830 allmächtig; er setzte an die Stelle der adeligen und Militärvorrechte das Vorrecht des Geldbeutels; er stellte die Gleichheit und Freiheit nur bis zum dritten Stande her und öffnete so die Kluft zwischen arm und reich. Von nun an machte das Geld zum Wähler, zum Abgeordneten, zum Nationalgardisten, zum Geschworenen, zum Gemeinderath. Politische Rechte, mithin die Freiheit, wurden Eigenthum von 200,000 Wählern, welche mit zahllosen Beamten das übrige Volk beherrschten.

Am Abend fehlte es nicht. Alljährlich gab die Kammer den Franzosen ein Schauspiel. Die verschiedenen Parteien machten die kunstreichsten Schwenkungen. Das souveraine Volk durfte zusehen und nebenbei die Steuern bezahlen, welche die Herren in der Kammer alle Jahre wachsend, ihm zulegten. Der Staat und die Gemeinden zogen ihr Geld aus der Nahrung des gemeinen Mannes. Für die moralische Hebung des sogenannten niederen, aller politischen Existenz beraubten Volkes geschah nicht viel. Der Adel hatte früher den Bauer ausgefauget, nun saugte der Industriebherr die Arbeiter aus. Land und Leute geriethen in die Klauen der Spekulation und des Wuchers. So ging es 18 Jahre. Da befann sich der vierte Stand und machte eine kleine Bewegung, welche Thron, Mi-

nister und Kammern zusammenwarf. — Wer ist dieser vierte Stand? — Er begreift alle unteren Volksklassen, die Gesellen der Handwerke, die Arbeiter der Fabriken und Druckereien, die kleinen Bauern, die Tagelöhner in Stadt und Land, die Diensthoten, kurz alle, die wir mit „gemeinen Mann“ bezeichnen. Dieser gemeine Mann machte Gebrauch von dem Rechte des Hungers und von dem Rechte der Gleichheit; er nahm ohne weitere Anfrage Besitz von politischen Rechten, ohne jedoch eine Herrschaft zu fordern. Das französische Volk erkennt nun, daß der Grundsatz der gleichen politischen Berechtigung fest gehalten und streng durchgeführt werden müsse, daß die Constitution des Staates auf der breitesten Grundlage der Freiheit geschehen müsse, und daß politische Reformen nimmer mehr zu trennen sind von sozialen.

Wir wollen heute nicht stehen bleiben, wo die Franzosen Anno 1830 stehen geblieben sind, um nach etwa 20 Jahren erschöpft dort anzukommen, wo Frankreich heute sich gestaltet. Das Gottesurtheil von Paris gilt nicht bloß den Königen und dem Adel, es gilt auch dem Mittelstande. Jetzt handelt es sich um's Volk — um's ganze Volk. Das Bewußtsein der Menschenrechte ist durchgedrungen bis in die unterste Schichte, nicht bloß in Frankreich, sondern auch bei uns. Die Zeit der Zweckessen und der Rednerei, der Loaste und Bürgerkronen, der Volksmänner, von denen das Volk keinen Vortheil hat als ihrer Eitelkeit seinen Namen zu borgen, ist vorbei. Ihr müßt den Arbeiter durch Vertrauen auf sein Ehrgefühl und Anerkennung seiner gleichen Berechtigung und der gleichen Heiligkeit seiner Rechte zu euch hinaufziehen, damit er euch nicht zu sich hinab zieht.

Häfner.

Die Wahlordnung und der Reichstag.

Von G. Winterberg.

Mich dünkt, mit der neuen Wahlordnung sind wir wieder einmal überlistet worden in unserer österreichischen Ehrlichkeit, die auch da noch Vertrauen schenkt, wo sie immer betrogen worden. Ja, „schenkt“, das ist das rechte Wort, denn in der That, wir werfen unser Vertrauen, wie der Verschwender das Geld, blind zum Fenster hinaus. Da versteht sich denn von selbst, daß es fast nur an die Unwürdigsten kommt, denn die Würdigen arbeiten, um sich etwas zu verdienen.

Man hat uns das Wahlgesetz so spät gegeben, daß wir entweder den Reichstag noch länger hinauschieben, oder uns auf Gnade und

Ungnade ergeben müssen, d. h. wir müssen es uns gefallen lassen, einen schlechten Reichstag zu bekommen, wenn wir ihn ein paar Wochen früher haben wollen. „Ja,“ ruft der Aengstliche, „den Reichstag müssen wir haben, denn sonst dauert die Geschäftsstockung noch länger.“ — Wo von dieser Seite her geht der Wind? — Ich gestehe, daß ich für einen solchen Grund kaum Gegengründe aufzubringen weiß. Ich frage aber einen solchen um sein Geschäft Besorgten, ob nicht ein schlechter Reichstag, der aus schlechten, übereilten, überstürzten Wahlen nothwendig hervorgeht, ein Reichstag, der dumme oder gar schlechte Beschlüsse macht, der vielleicht eine aristokratische, reaktionäre, rückwärtende Richtung nimmt, die nothwendig neue Bewegungen hervorrufen würde, ob ein solcher Reichstag nicht weit größere Gefahren mit sich führt, als eine Verlängerung der Geschäftsstockung um vierzehn Tage oder drei Wochen? — Es gilt hier höchstens zwischen zwei Uebeln das kleinere zu wählen; ich halte aber die Verschiebung des Reichstages gar nicht einmal für ein Uebel, weil ich sehe, daß Tag für Tag die Lage des Ganzen und die Stimmung der Bevölkerung sich bessert. Wenn wir die Wahlen unmittelbar nach dem 18. gehabt hätten, möchten wir seltsame Mißgeburten vor Wahlen zu sehen bekommen haben. Aber man glaube ja nicht, daß der 18. schon überall ganz verschwunden ist. In den entfernteren Gegenden, die von der Kluge später erreicht wurden, hat die Wahrheit noch kaum aufgetaucht, geschweige gesagt. Erst wenn der Sieg des 26. in allen Provinzen bis an die äußersten Gränzen Oesterreichs entschieden ist, erst dann können wir, mit Zuversicht an die Wahlen gehen. Oberösterreich, Mähren, Schlesien, Steiermark haben uns ihre Zustimmung zum 15. und 26. bereits durch Zuschriften und feierliche Gesandtschaften zu erkennen gegeben; die Entfernteren noch nicht. Man wird sagen, diese seien nur mit Ausnahme Tirols slavische; von diesen sei nichts zu hoffen. Mit nichten. Wir haben sogar schon gesehen, wie sich die slavische Agitation abstumpft; wenn man, zumal in Böhmen, es noch mehr klar wird bekommen haben, daß die tschechische Agitation nur von Aristokraten und ehrgeizigen Literaten angestiftet worden, so werden Bürger und Bauern, die mit ihren deutschen Nachbarn bisher immer in Frieden gelebt, ja sogar ihre Kinder getauscht haben, den Versuchern bald nicht bloß den Rücken kehren, sondern die Stirne bieten. Wie gesagt, ich fürchte nicht nur nichts von der Verschiebung des Reichstages, dessen Eröffnung am 26. übrigens sogar physisch unmöglich ist: im Gegentheil, ich erwarte sehr viel Gutes davon. Deshalb will ich auch noch jene Punkte des Wahlgesezes besprechen, welche durchaus abgeändert werden müssen, wenn wir einen wahrhaften Volkstag, einen Tag, der wirklich alle vertritt, bekommen sollen.

Das neue Wahlgesez enthält wie das frühere die Ausschließung derjenigen, welche nicht, wie man dieß nennt, eine selbstständige Stellung haben — d. h. es verweigert das allgemeine Stimmrecht. Mit welchem Rechte? — Es heißt, der Proletarier habe nichts zu verlieren. Zuörderst weise ich diese Bezeichnung zurück; zweitens ist sie nicht einmal wahr, denn Alles, was wir an uns tragen, ist von diesen Menschen, die man bloße Kindermacher schilt, verfertigt, selbst der Pflug, dem wir unsre Nahrung verdanken, ist aus ihren Händen hervorgegangen. — Und hat der Arbeiter nicht sein Leben zu verlieren? — ist der Verlust des Lebens nicht mehr als der Verlust des Besitzes? — Hat er nicht vor Allen gefragt zu werden, wenn um sein Leben gewürfelt wird? — Auch ist es nicht wahr, daß er nicht steuert. — Das Recht des Arbeiters, Vertretung zu verlangen, ist über allen Zweifel erhaben, das Bedürfnis nicht minder. — Nur die Furcht, die sich Klugheit nennt, und die Selbstsucht, die dem Arbeiter nur den möglich kleinsten Antheil an der Frucht seiner Arbeit zuge-

stehen will, kann ein so unbestreitbares Recht verweigern wollen. — Man sagt, der Arbeiter biete keine Bürgschaft gegen Bestechung. — Ich frage, wer hat am 26. Mai sich unabhängiger gezeigt, der Arbeiter oder der Beamte, der Hausbesitzer u. a.? — So klug ist der Arbeiter schon geworden, um einzusehen, daß man ihm den Gulden, den man ihm für seine Wahlstimme bieten möchte, durch schlechte Geseze zehnfach wieder abdrücken würde; das hat er am 26. bewiesen. Der Privat- oder Staatsbeamte, der wahlfähig ist, ist ohne Frage weit abhängiger, als der Arbeiter, und zwar desto mehr, je größer sein Gehalt ist, weil damit in der Regel in demselben Maße seine Bedürfnisse steigen, die Möglichkeit aber, sie in einer andern Stellung befriedigen zu können, in erschreckender Progression abnimmt.

Im gegenwärtigen Augenblick würde die Anerkennung ihrer Wahlberechtigung sogar höchst wohlthätig auf die Arbeiter wirken; — sie würde ihnen einen sittlichen Schwung geben, der die Wirkung des 26. Mai vollendend und bauend machen würde. Dank sei es den Studenten, welche in den Arbeitern das Ehrgefühl durch Anerkennung geweckt, daß man dieselben Menschen, die man noch in den Märztagen immer nur als Gesindel bezeichnete, am 26. Mai als Bundesgenossen freudig und herzlich begrüßt.

(Fortsetzung folgt.)

Au das ganze Volk!

Wie viel wir gelten, zu beweisen, ist endlich der Tag gekommen und unsre heiligste Pflicht: den Standpunkt, auf welchen wir durch die Barricadentage gekommen, unerschütterlich zu behaupten. Nicht ohne Anstrengung gelangen wir zum Siege, denn wir haben noch einen gefährlichen Feind, ein engherziges Wahlgesez zu bekämpfen. Wir müssen siegen! Die ganze Welt der Gegenwart sieht, die ganze Welt der Zukunft beurtheilt uns, wir tragen die Frage der Zeit, wir müssen sie auch stützen. Welche Männer wir daher als diejenigen unseres Vertrauens zum constituirenden Reichstage wählen, erfordert ein um so größeres Augenmerk, als wir bei den Wahlen zum Frankfurter Parlament unverzeihliche Mißgriffe uns haben zu Schulden kommen lassen. Welche Früchte sie bis jetzt uns schon getragen haben, mag uns ein warnendes Beispiel geben für den gegenwärtigen hochwichtigen Wahlakt, aus dem unser Glück oder Unglück hervorzugehen bestimmt ist. Bedenken wir, daß wir von Deputirten, die nicht entschiedene Männer des Volkes sind, in aller Form Rechts geopfert und um die Errungenschaften unsrer bisherigen glorreichen friedlichen Revolution betrogen werden können. Wir verurtheilen uns selbst und mit uns die Wahrheit der neuen Zeit, wenn wir nicht Leute radicalster Gesinnung, uerschütterlicher Abneigung gegen Alles, was nur im Entferntesten nach den Ideen der Vergangenheit sieht, kurz wenn wir nicht Leute wählen, die mit der feurigsten Liebe zur Freiheit den glühendsten Haß gegen alles Privilegirte verbinden. Unsere Freiheit ist noch so jung, daß sie eine dichtgeschaarte, muthvolle, keinem Schwanken zugängliche Zahl von Vertheidigern erfordert, um die gerechten Hoffnungen, die wir in sie setzen, durch practische Erfüllung ins Leben rufen zu können. Wir brauchen Leute, die durchdrungen sind von der Wahrheit, daß mit dem Auftreten des gegenwärtigen constituirenden Reichstages die Lösung der Frage untrennbar verknüpft sei, ob wir einer herrlichen Zukunft, ob wir dem Untergange entgegen gehen. Wir brauchen, wollen wir das Erstere, Leute, welche die Freiheit über Alles lieben, denn nur in der Freiheit liegt unsere Zukunft. Nur in der Freiheit liegt die Möglichkeit, unsere socialen Verhältnisse, die so unendlich im Argen liegen, nicht nur zu verbessern, sondern neu zu gestalten. Nur in der Freiheit liegt

die Gewißheit, den Annahmen und Uebergriffen, welche blinde Fanatiker im Norden und Süden zu unserm Verderben unter ihre Fahnen gerufen haben, mit entscheidender, zermalmender Kraft entgegen zu treten. Nur in der Freiheit finden wir ein genügendes Bollwerk gegen die Menschen des alten Systems, die eben jetzt noch den letzten Verzweigungskampf für die Mißbräuche und himmelsfrenden Bedrückungen, unter und durch welche sie groß geworden sind, beginnen werden. Nur die Freiheit ist das demantene Band, das uns an unsre Brüder in Deutschland, mit denen wir stehen und fallen müssen, bindet. Nur die Freiheit vermag uns auf dem Wege ruhiger Entwicklung vorwärts zu führen, während der leiseste Zwang unausbleiblich eine Gewalterörterung nach sich zieht.

Diese Freiheit hat aber nur das Volk erkämpft, nur das Volk darf und kann sie dauernd begründen. Das Volk hat sie errungen gegen Adel, Beamtenherrschaft und Pfaffenbruck, das Volk muß sie gegen diese behaupten. Diese Ueberzeugung muß der leitende Faden sein bei den Beurtheilungen der Candidaten nicht nur, sondern auch der Wahlmänner; diese Ueberzeugung muß eine schroffe, unwandelbare sein, welche im unverrückten Festhalten des Zieles: Alles nicht nur für das Volk, sondern auch durch das Volk, — sich nicht die geringste Abweichung rechts oder links gestattet. Weg mit dem leeren Gewäsche von Großmuth, Verzeihung, Nachsicht, Berücksichtigung und allen diesen Auskunftsmitgliedern, mit denen zweideutige und falsche Gesinnungen so gerne und vortheilhaft Versteckens spielen. Denn in der Politik gilt der Satz noch weit mehr, als in der Religion: Wer nicht für mich ist, der ist wider mich. Ganze Leute müssen wir wählen, die nicht nach Maßgabe den Mantel so oder so hängen, heute liberal, morgen wieder schwarzgelb sind. Leute müssen wir wählen, welche der eisernen Folgerichtigkeit ihrer einmal für recht und gut erkannten Handlungsweise einige Opfer zu bringen sich nicht scheuen, Leute, für welche es noch ein Höheres gibt, als Bequemlichkeit und Wohlleben. Leute müssen wir wählen, die auch vor dem 13. März nicht nur Gedanken zu denken, sondern auch auszusprechen sich getrauten, vor denen Metternich und Sedlnitzky Fieberfrost bekommen hätten; denn wer vor dem 13. März ein Zopf war, wird jetzt nach dem 25. und 26. Mai kein Radikaler sein. Wenn er uns es glauben machen will, so ist das ein Taschenspielerstückchen und wir können versichert sein, daß dem „hangirt“ seiner politischen Gesinnung bei dem geringsten Umschwung ein „passirt“ folgen wird. Wir können, da wir nicht voraussehen im Stande sind, welche Zufälligkeiten während der Reichstagsverhandlungen vielleicht eintreten werden, nicht vorsichtig genug sein mit solchen wetterwendischen Leuten, die dem Befehle der Wohlthätigkeit und des persönlichen Vortheils folgend, bei der Fähigkeit in allen Farben zu spielen grundsätzlich gar keine festzuhalten im Stande sind.

Ein strenges richtiges Urtheil über den politischen Charakter unserer Vertreter ist also die erste Bedingung einer ersprießlichen Wahl. Da es aber dazu mehr braucht, als einige allgemeine Wahrnehmungen, so wird es, bei dem Mangel an bekannten Namen von Geltung, gerathen sein, wenn die verschiedenen Schichten der Gesellschaft hervortreten, die namentlich in dem Unterschiede zwischen Stadt und Land scharf ausgeprägt sind — aus jeden seine Vertreter zu wählen, wo man mindestens im Stande ist, über die persönliche Ehrenhaftigkeit und Lichrigkeit der Candidaten, über ihre genaue Kenntniß der Verhältnisse und der Mittel solchen abzuheben, sich genügende Rechenschaft zu geben im Stande ist. Auf eine solche Weise werden auch alle Schichten der Gesellschaft vertreten sein und bei der Gesamtverfassung auch die Gesamtinteressen eine allseitige Würdigung finden. Ein Deputirter braucht vor Allem gesunden Menschenverstand,

praktische Erfahrung und Unerbrotlichkeit; Stubengelehrsamkeit und Bekanntheit mit Kniffen und Pfiffen sind durchaus für ihn keine wesentlichen Erfordernisse. Seine Rede sei: Ja, Ja, — Nein, Nein, d. h. eine ihm selbst klar gewordenes, bestimmtes Ja oder Nein, das er, auch ohne weitläufige Klauseln mit aller Energie zu vertreten den Muth hat. Solche Charaktere finden sich in allen Gesellschaftsschichten, und sicherlich in jenen, welche durch eine Selbstständigkeit ihres Erwerbes zuerst von Privatinteressen sich loszurennen im Stande sind. Möge man mich nicht mißverstehen und für einen Vertheidiger des Censur halten. Ich betrachte den Maurer, Schuster oder Tischler, der sich in der ganzen Welt sein Brot verdienen kann, für selbstständiger, als einen hohen Beamten, der eben nur in eine gewisse Maschinerie hineinpaßt. Diese Ueberzeugung rief in Belgien, wo doch ein geringer Censur besteht, in neuester Zeit den Beschluß der Kammern hervor, daß kein besoldeter Beamter Deputirter werden könne und wir dürfen keine Gelegenheit vorüber gehen lassen, wo wir etwas zu lernen oder entsprechende Maßregeln anderer Länder zum Selbstvorteile uns anzueignen im Stande sind. Darum heraus aus dem offiziellen Wahlwesen, wo nach dem Staatschematismus die Deputirten erlesen werden. Der Bauer soll den Bauer, der Bürger den Bürger wählen, und nicht einen Civilsoldaten aus der Beamten- oder der Glaubensarmee. Wie sehr namentlich die letztere, die Ehrengelichkeit, zu den jüngsten Ereignissen scheinlich steht, hätten wir wohl zu sehen Gelegenheit genug gehabt. Wenn die Verdummung des Volkes von jeher dem Pfaffenwesen (wohl zu unterscheiden vom Priesterthum) als die Grundlage der Herrschaft gegolten hat, so können wir mit aller Naivität unseres politischen Kindesalters unmöglich erwarten, daß es mit der Aufklärung über — und Berechtigung zu den Forderungen gegenwärtiger Zustände sich selber, die Stütze seiner bisherigen Existenz wegziehe, um dann als Ruine der Vergangenheit zu erscheinen. Zu bedenken ist noch, daß die Langwierigkeit unserer Civilprozeßführung uns einen Schluß machen läßt, wie sehr die Gewaltthaber derselben den großen Staatsprozeß durch leere Spitzfindigkeiten in die Länge ziehen können. Weg also überhaupt mit all den kleinlichen Erwägungen über Vortheil und Nachtheil im Privatleben, denn die Freiheit hebt alle Bevortheilung auf und sichert die gebührenden Rechte. Wir wollen die Freiheit und zwar die ganze Freiheit, also wählen wir nach ihren Forderungen. Wir sind unsern Nachkommen schuldig, ihnen einen geordneten, glücklichen Zustand zu hinterlassen und die Geschichte erwartet, daß Oesterreich seine Schuldigkeit thue.

Riederhuber.

Wir können nicht umhin, dem in Nr. 160 der allg. öster. Ztg. enthaltenen Artikel: „Ueber das Wahlgesetz für den konstituierenden Reichstag“ zu entgegnen, da er nicht allein unserem, sondern auch dem einige Nummern vorher in derselben Zeitung ausgesprochenen Prinzipie widerspricht. Allerdings ist die **völlige Gleichstellung aller Staatsbürger in ihren politischen Rechten** ein Ideal, das (wie überhaupt der Begriff der höchsten Vollkommenheit) nicht erreichbar, aber doch immer und unermüßlich anzustreben ist. Jedemfalls ist mit Anerkennung der Wahlrechte des Arbeiters jene völlige Gleichstellung, ja überhaupt eine Gleichstellung noch lange nicht erreicht, so lange millionenzählige Klassen durch materielle und ideelle Geburtsvorrechte (durch Geld und Ämten) die Mittel zu gediegenerer Bildung, zu Würden und Einfluß nahezu monopolisiren. Es ist wahr, daß die Ideen ihre Zeit brauchen, bis sie die Gesamtheit durchdrin-

gen", aber in Bezug auf obige Frage ist diese Durchbringung wirklich schon soweit gediehen, als es gegenüber jenem Monopole (dessen Unter- gang noch so bald nicht voraussetzen) irgend möglich ist. Das geistige Ich des Menschen hat zwei Elemente: Verstand und Gefühl. Im häuslichen wie im öffentlichen Leben müssen sich diese beiden geltend machen; wo dies nur einseitig stattfindet, wird sich der Einzelne unbefriedigt oder nach Umständen abgestoßen fühlen. Sind es die höheren Klassen, die auf Grundlage einer mehr oder minder wissenschaftlichen Bildung mehr der Verstandsrichtung angehören, so geben schwielige Hände und gefurchte Wangen eine tiefe Gefühlsbildung. Die Arbeiter werden nach diesem Maßstabe, mit weniger Berechnung als jene Klassen, aber richtiger wählen, sie werden in der Regel **keine** Arbeiter wählen, weil sie sich ganz gut bewußt sind, daß ihresgleichen jetzt noch nicht die nöthige Intelligenz besitzen, um die Rechte und Interessen des Volkes mit scharfen Gründen zu vertreten, aber ihr offener Sinn und redlicher Wille wird nicht verfehlen, den Mann herauszufinden, der nebst einem klaren Kopfe ein warmschlagendes Herz besitzt, um auch die Wünsche und Rechte der geistig unter ihn gestellten zu verstehen und ihnen Worte zu geben. Wenn jener Artikel sagt: „daß sie, seit so kurzer Zeit erst in der Schule des öffentlichen Lebens, der nöthigen selbstständigen Einsicht ermangeln“, so deuten wir nur darauf hin, daß wir beinahe alle noch nicht lange die politischen Kinderschuhe ausgezogen haben. Unser künftiger Reichstag soll nach dem Ueber- einkommen Aller die Gesetze niederschreiben, denen sich Alle frei- willig fügen wollen. Ein verstümmeltes Wahlgesetz aber, kann nur einen verstümmelten Reichstag und dieser keine allgemeine Befriedigung gebären. Sollten wir es nach Jahrtausenden so weit gebracht haben, daß wir zwar keine Perikles mehr, aber noch Heloten haben? —

Grigner.

Petition eines ruhigen Arbeiters um das Wahlrecht*).

Der Unterzeichnete erlaubt sich sowohl im eigenen, als im Namen und Interesse seiner Brüder, Kameraden — kurz der ganzen großen Arbeiter-Familie Oesterreichs, um das Wahlrecht zu bitten, und zwar aus folgenden Gründen:

1) Bitten wir, statt zu fordern, wie andere Staatsbürger, die sich im guten Rechte wissen, weil wir glauben, daß das Herz der Herren Minister für Bitten ein geneigteres Ohr haben werde, als ihr Kopf für Forderungen.

2) Halten wir uns für österreichische Staatsbürger, indem wir mehr oder weniger als ein Vierteljahrhundert in unserm Geburtslande Oesterreich leben — kümmerlich leben, arbeiten — schwer arbeiten und durch die Verzehrungssteuer auch Steuer zahlen, wenngleich wenig, da wir nur wenig zu — verzehren haben.

3) Fühlt sich ein Drittheil von uns fähig genug — in jeder Minute ein privilegirter Bürger zu werden, wenn man uns nur die Concessionen dazu unentgeltlich verabsolgen möchte. Wir können auch nicht recht einsehen, warum man Beamten, Pfaffen oder anderen sogenannten „Intelligenten“, die keine Steuer zahlen, das Wahlrecht zugestehet, und

*) Herr Redakteur! Da der Arbeiter nicht wahlfähig ist, so kann es leicht möglich sein, daß er auch nicht petitionsberechtigt ist, und da ich nicht gerne mit dem Gesetze und seinen Hütern in Collision kommen möchte, so ersuche ich Sie, diesen Entwurf einer Petition, dessen mögliche Unstatthaftigkeit ich erst nach seiner Geburt einfach, als gewöhnlichen Journal-Artikel zu betrachten und aufzunehmen.

uns ohnehin geschlagenen Leuten noch dadurch eine moralische Ohrfeige gibt, daß man uns die Intelligenz abspricht, und so auch hier das Wahlrecht nimmt, indem doch unter uns größtentheils gesunder, häufig gebildeter Verstand zu treffen ist, und gewiß nicht mehr Dummköpfe unter uns sind, als in sämtlichen Klassen jener privilegierten „Geschiedten.“

4) Sind wir bereit, den Beweis zu liefern, daß wir mehr zu Deputirten fähige Männer, die für Recht und Freiheit glühen, kennen und zu wählen im Stande sind, als alle „Dekreter.“

5) Würden wir „Ungebildete“ es für eine, gelinde gesagt, große Insolenz halten, einen Unglücklichen eines Rechtes zu berauben, weil er — unglücklich ist. Wir aber sind un-, d. h. Nicht-Beglückte, und dennoch sollen wir, wenn es sich (wie beim Reichstage), um unser Wohl- und Weh handelt, ohne Rechtsstreit: „uns des Unrechtes begeben?“

6) Unter uns sind Leute, die 20 Jahre dem Kaiser als Soldaten gedient und für sein Recht mit Blut und Leben gestritten haben. Sollen diese „Hof-Advokaten“ (Rechtsstreiter) nicht das Recht haben, für die Leute ihres Standes und deren Rechte recht zu streiten? — Wir glauben, der Krieg, wie der Reichstag sind Prozesse, wo das Volk mit seinen Feinden um Rechte streitet und wird bei dem einen Kampfe der gemeine Mann stets vorgeschoben, so darf er bei dem andern nicht zurückgesetzt werden. — Entschuldigen, — so denken wir gemeine Männer!

Der Arbeiter ist der eigentliche Gewerbetreibende, nicht der Meister — halten zu Gnaden! Wir glauben, der Arbeiter müßte wenigstens die Rechte des Bauers genießen, und er verdient es, wie dieser, in dem großen Vaterlandsproceß (Reichstag) seine Klagen und Beschwerden persönlich vorbringen zu dürfen; er traut den Rechts- freunden nicht, er will, halten zu Gnaden, auf der „Linken“ sein.

Wenn es übrigens so anständig ist, daß der Arbeiter im Tag- oder Wochenlohn der verehrten Reichstagsgesellschaft beizuhöhen, so wollen wir an alle Arbeitgeber Wiens den Aufruf ergehen lassen, uns **monatlich zu bezahlen**, wie Beamte, die nichts als Monatsdiener sind, dann kann uns Niemand das Wahlrecht streitig machen.

Ersparen Sie uns jedoch, hochgeehrte Herren Minister, die kleine Kollision, in welche wir durch die Monatsgage kämen, und gewähren Sie auch uns — das Wahlrecht!

J. G. Hillisch, Geselle.

Unsere Zustände.

Fortsetzung.

II.

Von dem Erhabenen zu dem Sachlichen ist nur ein Schritt.

Blicken wir zurück auf den unblutigen Feldzug der Samarilla gegen das revolutionäre Wien, eröffnet mit dem kaiserlichen Kriegs-Manifeste aus Innsbruck — so finden wir alle Erscheinungen, welche unsere früheren blutigen Feldzüge gegen Frankreich bezeichnen. Kopf und Muthlosigkeit der aristokratischen Führer, die bei unerwartetem Widerstande sich flüchtend, wenn sie in Sicherheit, den Landsturm zum Kampfe aufbieten, wenn sie gefangen Ergebung heucheln, und bessere Zeiten abwarten, und verzweifeln der Kampf der gemeinen Soldateska, nämlich: Landpfaffen, kleine Gutbesitzer und Herrschafts- beamte, *) die aus der Kirche und den Kanzleien den Kreuzzug gegen das

*) Wir gestehen viele ehrenwerthe Ausnahmen zu.

sündige Soboma predigen, wo die kaisermörderischen Studenten und Jafobner in dem Blute der Gutgesinnten bis an die Knöchel waten, und die schönen Republikanerinnen ihnen dabei, o Greuel! Kränze und Küsse zuwerfen.

Montecuccoli verkrächt sich im Keller zwischen Schinken und Weinfässer, Colloredo, Pereira, Breuner und Consorten suchen bei Zeiten das Weite. Hohenbruck predigt in Linz wie der Kapuziner in Wallensteins Lager, und Somaruga heult in Prag und Frankfurt gleich einem bissigen Wolfe, der so eben dem Fangelisen entspringen.

Alle sind Helden, wenn sie weit vom Schusse und von den Barricaden sind, nur der arme Soyos, der beurlaubte, in Stich gelassene Nationalgarden-Commandant wirft Kußhändchen aus dem Fenster, und entschuldigt mit Dietrichstein und Hye die Mißverständnisse.

Unter solchen Auspicien gelangt die Nachricht von dem eisernen Starrsinne der guten Wiener, die ihrem Kaiser, aber auch nur ihrem Kaiser, in Liebe und Treue ergeben sind, über die grünen Berge Tirols in das Haus mit dem goldenen Dach — wo unverzüglich unter dem Vorsitze eines Bombelles und einer Sibini, dieser zwei fremden Eiterbeulen in unserem Staatskörper, eine außerordentliche Camarilla-Sitzung eröffnet wird.

Wir wagen nicht den Schleier der Verhandlungen ganz zu lüften, sondern können nur kurz das Resultat berichten:

In der ersten Berathung wurde die Abberufung sämtlicher Gesandten von Wien nach Innsbruck und — — — einige andere Kleinigkeiten beantragt. In der zweiten kam man zu keinem Beschlusse, — der dritten Sitzung endlich verdanken wir die Proklamation an uns getreue Einwohner der Residenz dat. 3. Juni.

Um diese nicht ganz folgerichtigen Beschlüsse zu würdigen, muß man bemerken, daß in den Zwischenräumen der Berathungen täglich ja stündlich sichere Nachrichten dort eintrafen, und diesen Nachrichten, aber wahrlich nicht den Deputationen verdanken wir, daß die Mailust, die kalt und schneidend aus Innsbruck zu uns herüberwehte, an den Stralen der Juni-Sonne sich erwärmte, und milder ward.

Die Proklamation der Lemberger Garnison von den Commandanten und einem Theile der Offiziere, aber nicht von den Soldaten der Garnison, unbesonnen und tollkühn in die Welt geschleudert, — wog zu wenig gegen die von Stunde zu Stunde trotz aller Gegenmachinationen mehr hervordringende Stimmung der Provinzen, wo das Licht der Wahrheit alle, auch die untersten Schichten der Gesellschaft durchdrang, und die, trotz aller Kanzelreden, Edikte und Subernal-Erlasse, Wien nur als Vorkämpferin der Freiheit und des Rechtes Aller erkennen wollten, und aus dem Blutbade in Neapel die Lehre entnahmen, wie sehr selbst bei einer beschwornen Constitution feste Einigkeit Noth thue, um dem Verrathe nicht zu unterliegen.

L. Saul.

(Fortsetzung folgt.)

Ueber die Zukunft der Herrschaftsbeamten.

Aufgefordert von der Redaktion dieses Blattes, obigen Gegenstand zu besprechen, da ich hierzu nach meiner mehrjährigen Erfahrung und meinen vielseitigen Verbindungen geeignet sein dürfte, erkläre ich mich zur Erörterung bereit und bemerke nur im Allgemeinen, daß, so wie überhaupt im constitutionellen Staate so auch hier die Presse das Zweckmäßigste sein wird, die Lösung der Frage für den Reichstag vorzubereiten,

zweckmäßiger als vorläufige Verwendungen an das Ministerium, oder den Wiener Sicherheits-Ausschuß oder die Universität, welcher ich übrigens auch angehöre.

Ich bemerke vor Allem: meine Abhandlungen werden hauptsächlich auf Oesterreich unter der Enns Anwendung finden. Obnehin scheint der fragliche Gegenstand gerade hier in den verschiedenartigsten Beziehungen zur Sprache zu kommen.

Die Hauptvorfrage bleibt die künftige Regelung der Gerichtsbarkeit in jeder Hinsicht, überhaupt der gesammten öffentlichen Geschäftspflege, versteht sich darunter auch der Führung der öffentlichen Bücher. Es ist nicht zu bezweifeln, daß den Dominien dießfalls nicht der mindeste Wirkungskreis übrig bleiben, sondern jedwede Autorität an den Staat übergehen wird. Eben so wird der ganze Unterhansverband und das ganze Obereigenthumsverhältniß bis zur gänzlichen Verwischung aller Spuren schwinden, versteht sich gegen Entschädigung der Berechtigten durch die Verpflichteten.

Schwieriger wird mitunter die weiters hier maßgebende Frage zu lösen sein, für welche Gefälle die Dominien vom Staate Entschädigung erhalten, und mit Bezug auf welche Ueberwälzung von Geschäften sie etwa dem Staate noch Aufzählungen zu leisten haben.

Die Hauptaufgabe wird im Wesentlichen darin bestehen, die Pflicht des Staates zu begründen, für die Herrschaftsbeamten, und zwar im Allgemeinen nach Verhältniß als sie bei der öffentlichen Geschäftsführung theilhaftig waren, zu sorgen, und zwar:

a) Durch direkte Uebernahme derselben in seine Dienste, und zwar nicht nur der Juristen, sondern Aller, in so weit sie fähig sind, das zu leisten, was Staatsbeamte zu leisten pflegen, — mit denen durchgreifend die Parallelirung vorgenommen werden, und vielleicht für die Privatbeamten überraschend günstig ausfallen wird.

b) Durch Quiescirung der zur Uebernahme in die Staatsdienste zwar geeigneten, jedoch wegen Mangel an Gelegenheit nicht gleich Unterzubringenden.

c) Durch Pensionirung der durchaus nicht mehr Fähigen, unter Festhaltung des Grundsatzes, daß Pension im Allgemeinen Jedem wie dem Staatsdiener gebührt, und unter gewissenhafter Ausmittlung der vom Staate und der vom Gutsherrn zu leistenden Beträge.

d) Durch entsprechende Ausdehnung der Versorgung auch auf Witwen und Waisen, versteht sich unter Benützung der bisherigen Anstalten und allfälliger Verpflichtung zu weiteren Beitritten. Ich zweifle nicht, daß es früher oder später zu einer umfassenden Liquidirung aller derlei Versorgungsansprüche kommt, und ich erlaube mir wohlmeinend aufmerksam zu machen, daß man das Benehmen der sich Meldenden, und zwar nicht sowohl nach papierenen Behelfen, sondern bei dem nunmehrigen öffentlichen Leben nach der vorherrschenden allgemeinen Meinung mit Hinblick auf folgende Hauptpunkte prüfen wird, als einmal die Einflußnahme dieser Beamten auf die Ablösung der Lebarialleistungen, des Behentens u., weiters auf die Wahlen zum Reichstage. In ersterer Beziehung kann ich im Einklange mit meinen in dieser Zeitschrift mehrfach ausgesprochenen Ansichten nur die allseitige Wahrung des Rechtes und der Billigkeit empfehlen mit der Ueberzeugung, daß selbe auch vom Staate mehr anerkannt werden wird, als das Einwirken auf die einseitige Begünstigung des einen oder des anderen Theiles. Belangend das zweite, so erlaube ich mir dringend vor aller Theilnehmung an Umtrieben zu warnen, wie solche leider bei den Frankfurter Wahlen unterliefen und wozu bei unseren hier um so mehr Versuchen sich ergeben, von den wahren Freunden

der constitutionellen Entwicklung aber, die denn doch die Oberhand erhaltenden werden, um so mißbilligender ausgenommen werden dürften.

Umgangen darf auch nicht werden, daß das Erzherzogthum Oesterreich ein deutsches Land ist und mittlerweile immer mehr Deutsch werden wird. Darum werden Czechen und Mährer hier wohl thun, wenn sie in ihrem Vaterlande Dominien gebient haben, auch ihre dortigen Versorgungs-Ansprüche nicht zu vernachlässigen, und nebstbei möglichst auf ihre Landsleute dort hinzuwirken, daß sie die dortigen Deutschen fortan besser behandeln, und uns nicht in die unangenehme Lage versetzen, bei Anstellungen und Versorgungen hier Repräsentanten zu brauchen, worauf ich gelegentlich auch schon an einem anderen Orte hingedeutet habe.

F. S. Freimüthig. *)

Wien den 8. Juni 1848.

Salzburg am 2. Juni 1848.

Mein guter, lieber Freund!

Wie die Ereignisse am 15. und 16. Mai der aristokratischen Sekte wegen der Ungefährlichkeit der Art, wie die bekannten Punkte errungen wurden, ein willkommenes Giftbecher waren, mit dem sie Oesterreichs freies Volk vergiften, und einen Kreuzzug der Provinzen gegen das freiheitsgekrönte Wien erwirken zu können glaubten, — so ist der 26. Mai für eben diese Blutlaugekaste ein hundertschneidiger Dolchstich in ihr Schlangenhertz, ein Bannstrahl der rächenden Nemesis um ihre Krokodillaugen, und wir, die wir mit Schmerz die Schmähungen hören mußten, welche diese jesuitischen Großen nebst ihrer speichelleckerischen Syppschafft auf die heldenmüthigen Wiener Studenten und auf die unvergleichlichen Wiener Bürger schleuderten, wir jauchzen heute ein tausendstimmiges „Hoch!“ aus unserer bergumschlossenen Salzachstadt den unsterblichen Helden der großherrlichen Residenz der constitutionellen Monarchie Oesterreichs entgegen! Es ist mit dem „Heute“ nicht gesagt, daß wir nach dem 15. Mai vielleicht an Eurer Besonnenheit, an Eurer Besinnungstrüchtigkeit, an Euren redlichen constitutionellen Absichten zweifelten, sondern wir waren eingeschüchtert von Seite der Aristokratie, die glaubte, nun, da es ihr gelungen den besten Kaiser aus der Mitte des besten Volkes zu entführen, ihre besleckten Hände wieder rühren und das Blutheil der Volksknechtung wieder führen zu können!

Ich will Dir ein Beispiel erzählen, das wir hier in den Mauern der alten Zubavia erlebt haben, und was den Verleumdungserfrechungen eines Hohenbrud und Laszansky würdig zur Seite steht.

Als Se. Majestät, unser vielgeliebter Ferdinand von Salzburg abgereist war, wurde im Karabinersaale eine Versammlung gehalten, die zum Zweck hatte, 6 Deputirte zu wählen, . . . 3 nach Innsbruck, um unsern lieben Kaiser zur Rückkehr nach Wien zu bewegen, und 3 nach Klagenfurt, um die Kärntner einzuladen, für die Versammlung des Reichstages nach Linz sich anzuschließen, da man in der Residenz nicht sicher wäre! — Ich übergehe daher die ganz gesezwidrige Art der Wahl, übergehe, daß der jesuitische Chef der Aristokratie in Salzburg, Herr Fürst Erzbischof Schwarzenberg, Herrn Dr. Meyer, unsern geistreichsten Redner, einem Mann voll deutschen Patriotismus und wahren Bürgerfinn, weil er es wagte, zu fragen, ob man hiemit den Wienern, denen wir doch Alles verdanken, entsagen wolle, im höchsten, echt aristokratischen Uebermüthe

*) Die Redaktion fordert auch zu anderwärtigen Beiträgen über vorstehend berührte Verhältnisse auf und wird selbe, nebst den vom Herrn Verfasser zugesagten leitenden Artikeln darüber, fortan aufnehmen und allenfalls zu beleuchten bemüht sein.

anwüthete, „er sei ein geborner Wiener, aber frage nichts mehr nach den Wienern;“ ich übergehe, sage ich, diese Anfeinden aller braven Gesinnungen, und erzähle Dir einen andern Streich, für den der Ausdruck schändlich noch viel zu gut ist, und für den eben kein anderer besser paßt, als jesuitisch-aristokratisch! Se. Eminenz nämlich, Herr Cardinal Fürst Erzbischof Schwarzenberg, welcher, da er sich mit den Worten: „wenn es Ihnen recht ist, meine Herren, ich gehe gern,“ angetragen, und eine Menge speichelleckerischer Bureaukraten zur Hand waren, mit lautem Gejube auch als Deputirter gewählt wurde, reiste um 4 Stunden früher von Salzburg ab, als die 2 andern Herren Deputirten, so daß der Kaiser bei Ankunft der letzteren schon gehörig unterrichtet war (hört! hört!) und selbe mit wenigen Worten entließ! So hinterlistig und schamlos dies auch ist, so hat es doch das Gute, daß hiedurch auch jene, welche den chevaleresken Jesuitenchef stets bis zum Himmel erhoben, überwiesen wurden, welche volksthümliche Gesinnung unter seinem rothen Käppchen stecke, und was dieser „geborne“ Wiener für ein Deutscher ist!!! Wünschst Du vielleicht noch ein Sträuschen?? Ich werde gleich so frei sein, Dir noch mit einem aufzuwarten. Nach dieser Preisel, Folgendes: Am letzten Sonntage hielt unser Domprediger Sander eine Kanzelrede, die im reaktionärsten Style gehalten nichts Anders bezwecken sollte, als das Bauernvolk gegen uns Städter, und vorzüglich gegen die Wiener Studierenden und Wiener Bürger aufzureizen! und so den Kreuzzug der Provinzen gegen Wien, wie nur möglich zu unterstützen! Abgesehen davon, daß Politik nicht in das Haus Gottes gehört, war dieses Möbel von einer Predigt der Art zusammengestellt, daß sie jeden ehrlichen Menschen empören mußte. Dies zu beweisen, brauche ich nur einige Sätze daraus anzuführen! So z. B.: „Wer ist es gewesen, der die frommen (!) Ligourianer, und die Gott Ergebenen (!) Jesuiten aus Wien vertrieben? Die übermüthige akademische Jugend ist es gewesen!! Wer ist es gewesen, der den großen Staatsmann aus Wien vertrieben, um dessen vortreffliches System ihr vielleicht schon nach einem Jahre bitten werdet? oder: „Wen habt ihr nach Frankfurt geschickt? Männer ohne Religion! und unbedingt — unbedingt — an Deutschland — an Deutschland — von dem seit 300 Jahren nichts Gutes gekommen ist . . . und so des empörendsten Unsinns mehr! Das wagte in Salzburg ein Pfaffe zu predigen am 28. Mai im Jahre des Heils 1848! Wie soll der das verantworten?!

Eine Deputation Büeger ging nach der Predigt, weil allgemeine Erbitterung herrschte, zum Häuptling der hiesigen Pfaffen- und Klosterkaste, um darüber Genugthuung zu fordern. Der rothverkappte Aristokrat fertigte sie kurz ab, und meinte, genug gethan zu haben, wenn er sich äußerte, daß diese Predigt wider seinen Willen gehalten, und er dafür sorgen werde, daß Herr Sander keine Politik mehr auf der Kanzel besprechen werde. Politische Kniffe und Finten.

Das Oberhaupt des Hauses muß wissen, was seine Knechte thun, und von ihm hat man das Recht, Satisfaction zu fordern, wenn er duldet, daß sie mit seinen Gütern Wucher treiben! Allein die rächende Zeit und ihre Ergebnisse werden diesen gebornen Seadelten schon in die Klemme bekommen, und ihn wegen so manchem andern Ding — zappeln lassen! Die bitterste Strafe für diese Schandpredigt waren die großartigen Ereignisse vom 26. Mai in Wien, die hier die größte Theilnahme erregten, die Brust der Gutgesinnten mit Begeisterung und Freude erfüllten, und die Blindheitsritter, so wie die Reaktionsfödlinge zum bittersten Verstummen zwangen! Ihr steht groß in den Augen der ganzen Welt da! In der Stunde der Gefahr dürft ihr auf uns zählen. Es leben auch in

den Bergen deutsche Söhne, denen deutscher Muth und deutscher Sinn nicht fremd! „Hoch die Wiener Bürger! Hoch die Universität! Hoch Deutschland! Hoch unser constitutioneller Kaiser! Das sind unsere Motto's von denen wir nicht ablassen, für die mit Gut und Blut, wir einstehen, und die wir zu vertreten und zu wahren wissen, gegen das verporfene gewissenlose Pfaffengefindel, (Priester sind hiedurch natürlich nicht gemeint) gegen jesuitische Aristokratenumtriebe unseres Schwarzen — gleich wie jedes andern Bergs.

Lebe wohl mein guter alter Freund!

Ungarn.

Will Jellachich die gesetzverhöhnende Politik abermals einsetzen? will er dies gegen die freien constitutionellen Croaten, freien Ungarn, befreiten Deutschen, Böhmen und die übrigen Provinzen? — Mag sein, aber dann wird die Luna — wenn dieses Wort in der illyrischen Sprache einen Finsterniß verschleichenden Wanderer bedeutet — über die Gräber der Nationen leuchten.

Was verlor die Monarchie bei unserer Umgestaltung? Statt einer durch ein fremdes Regierungssystem zur Verzweiflung gebrachten, vertrauenslosen Volkess, eine mächtige Nation, deren Treue für den König, wie Kossuth richtig sagte — mit ihrem Herzblute verwachsen ist — die Wissen und Kraft genug besitzt die Verpflichtungen der pragmatischen Sanktion zu erfüllen — die mit den übrigen Provinzen nicht im Unterthanen — sondern im brüderlichen Verhältnisse zu leben wünscht, die mit der Civilisation verbunden, der deutschen Nation die Hand zum beständigen Bünd reicht. Wir glauben daß die befreundeten Völker Oesterreichs nicht einen Augenblick über die Wahl in Verlegenheit sein werden: ob sie ihrem alten Bruder einer oder neuen chimärischen slavisch-slavischen Autokratie die Hand zu reichen haben. Glaubt ihr daß unser König sich so leicht von seinen treuen den Thron so oft rettenden Ungarn wenden wird? und sein Schicksal der chimärischen Hoffnung einer neu zu errichtenden slavischen Dynastie anvertrauen wird? für welche ihr die Hälfte Oesterreichs fordert und den Bajvoden schon anticipando wählet? O Loyalität, wer würde dich in der Maskenhülle nicht erkennen! die Monarchie hat keine Zeit blinde Kuh zu spielen, die Zeit ist ernst und nicht zu gefährlichen Experimenten geeignet, sondern zu männlichem Entschlusse.

Die Luna spricht viel von Kossuths und Batthyany's Intriguen, und von der Undankbarkeit Esterházy's. Das sind Späße, die keine Antwort brauchen, bis keine Thatfachen vorzuweisen sind. Aber sehen wir den Hauptpunkt seiner Anklage, die Zurückberufung des Militärs.

Die illyrische Partei steht in der Versegung des ungarischen Militärs ins Vaterland, die Auflösung der pragmatischen Sanktion, sie ignort aber, daß sie die ersten Steine hinweg wälzte, als sie über die Löbreifung Croatiens von Ungarn berathschlagten, als sie unsere brüderliche Hand zurückwiesen (sie bereuen es, es wird aber wohl „zu spät“ werden) als sie in alle Comitats Ungarns, wo sie slavische Reigungen vermuteten, Aufwiegler sandten, das Volk zum Aufruhr und Trennung hegten, als sie in unserer Hauptstadt illyrische Zusammenkünfte hielten, und in Carlowitz National-Congregation hielten, wo gegen höhere Befehle ein Bajvode und Patriarch gewählt wurde, als sie Walachen, Sachsen, Slovaken gegen uns hegten und Fremde, Serben zu Hülfe riefen: mit einem Worte sich mit dem Mutterlande in offene Widersetzlichkeit setzten, und ihr verbrecherisches Auftreten mehrere blutige Verbrechen hervorrief. — In diesen Umständen würden unsere holden (die große Satyre) Nachbarn gerne gesehen haben, wenn wir in vertheidigungslosen Zustand geblieben

wären. Dies würde kein offener edler Feind verlangt haben, und solches thaten die Anführer eines Volkes, deren Leben mit dem unfrigen 800 Jahre verflochten war, und im Vereine mit uns sochten, litten — und nun wissen wir nicht zusammen frei zu leben.

Das Vaterland zu vertheidigen ist die erste Pflicht jeder Nation, die pragmatische Sanktion kann unmöglich verlangen, daß während wir andere verfechten und vertheidigen, wir selbst ungeschützt zu Grunde gehen. — Uebrigens spielen Sie meine Herren, mit verfälschten Karten, ich hatte in meiner Hand den Refkurs einer croatischen Stadt, in welcher sie die croatischen Truppen von Italien zurückbeordert verlangen und Dalmatiens Uebergabe in die Hand des Jellachich verlangt wurde. — Sie verlangen meine Herrn! Soldaten, bei uns ist das Verlangen derselben Verbrechen. O illyrische Wahrheit!

Was die Staatsschuldfrage anbelangt, dies verschweige ich, bis ihr mir beweist, daß eine Nation schuldig sein kann, welche nie einen Heller borgte, zu deren Erblühen nichts davon verwendet wurde, deren reines Einkommen jährlich einen Ueberschuß in die Casse der Monarchie fließen ließen, deren Finanzen stets auf den Landtag geregelt wurden, und hievon nie die Rede war. Beweist die Art und Weise dieser Schuld, bis dahin zahlt wenn ihr in den Gaben so loyal, in der Loyalität so liberal seid. Unsere Loyalität erstreckt sich auf den König und die Gesetze — unsere Liberalität beschränkt sich auf die Ehre des Thrones und Schutz desselben, wie auch auf unsere Bedürfnisse.

Und nun betrachten wir unsere Lage. Hier steht ein Theil (Ungarn) der seine erworbene Habe bis zum letzten Heller mit seinen Brüdern zu theilen wünscht; dort ein anderer, der dieses Anbieten mit Rache, Haß und Waffen beantwortet. Die illyrische Fraction unserer croatischen Verwandten bereitet für die Geschichte ein sonderbares Schauspiel. Bisher war die Unterdrückung, Unduldsamkeit, und der Nachtheil der Rechte, die Ursache zur Rache. Nun ist es das umgekehrte Verhältniß, alles was das Sinnbild der Freiheit an sich hat wird in Agram — wie ehemals in Prag — verbrannt. (Natürlich daß ja kein Licht wird. Der Grundherr und Pfarrer verhüllt alles in den Mantel der Finsterniß, damit es in Croatien ja nicht Licht wird, denn diese Leute wollen die Roboten und dem Zeient nicht verlieren und sich mit dem Volke nicht verschmelzen, darum ist ihnen der alte Zustand so lieb; erfährt aber der Bauer in Croatien die Wohlthaten des ungarischen Gesetzes, wehe euch Pfarrer und Aristokraten in Croatien, dann wird erst die Massacre beginnen.) Gut, es soll den Jähren nach ihrem Geschmacke werden. — Wir treten mit heiterem Antlitze vor den Richterstuhl der civilisirten Welt, wir, die wir brüderlich theilen wollen die Treue für den König, Freiheit, Ordnung, die mit der Civilisation verbunden, nichts anderes verlangen, als freundschaftlichen Anschluß im Interesse des allgemeinen Wohles, wir treten mit macelloser Politik in den Familientreis der gebildeten Nationen Europas, wir können nur mit Bedauern das Befremden unserer Freunde ansehen, wir bestehen aber mit ruhigem Bewußtsein die strenge Kritik der Zukunft, der vernünftigen Politik, der Moral und des Rechtes. Und indem wir so zu den Völkern redend, uns bloß auf die moralische Kraft und auf unser hiederes Vorhaben stützen, thun wir dies darum, weil es Jedermann weiß, daß, wenn es einst der Vertheidigung des Vaterlandes und der Rechte Noth thäte: so würde eine Nation, welche die Macht zweier Welttheile zu brechen nicht vermöchte, nun mit dem Liebling seines Herzens — der Freiheit — verlobt, von Gott gesegnet, sein theures Vaterland mit dem Blute des Herzens vertheidigen und „nur dann

wird diesen Boden ein Fremder beherrschen, wenn der letzte Magyar ins Grab gestiegen.“

Ein einziges gesellig ausgesprochenes Wort — die Union Siebenbürgens mit Ungarn erschütterte alle Feinde des ungarischen Reichs, die Myrren erblaßten und schwer athmend legten sie ihre Feindseligkeiten bei. Arpads Nation kennt die Bedeutung dieses Wortes, 300 jährige Duße kostete ihm die Uneinigkeit eines Augenblicks, um so süßer ist das Wiedersehen und die Umarmung des Blutsverwandten in der Stunde der Gefahr. Alles wandelt mit freudestralendem Antlitz umher, alles umarmt sich und jauchzt laut auf, die Freude und das Entzücken ist unbeschreiblich, und das schuf ein einziges Wort, die Union. Im ganzen Lande ist kein Dorf wo die Bedeutung dieses Wortes nicht fühlbar wäre, und nur die illirischen Kinder der Nacht trauern, sonst ist die Freude allgemein, und Gott weiß, wie hochherzig der Magyare in seiner Freude ist. Mit herausforderndem Antlitz stehen die Blutsverwandten Attilas und Arpads beisammen, sehen stolz auf ihre weiten Auen und drohen jedem Unbesonnenen mit den bezeichnenden Worten des großen Croaten Brinjis: „Ne hántod a Magyar!“ hüte dich den Magyaren zu verlegen.

Lóttényi M.

Ueberschüssige Staatsausgaben von 12 bis 15000 fl. in einem Jahre.

Die Generalmonturs-Inspektion in Wien ist zur unverantwortlichen Ueberwachung der acht Monturskommissionen in Stoßerau, Prag, Brünn, Jaroslau, Karlsburg, Alkofen, Graz und Verona aufgestellt.

Die Nothwendigkeit einer solchen Inspektion läßt sich durchaus nicht motiviren, weil jede Monturskommission ohnehin dem Landes-Militär-Generalkommando untersteht und von diesem einen Brigadier und einen Kriegskommissär zur Lokalkontrolle hat; überdies auch die Stellung der Monturskommissionsglieder unter einander von der Art ist, daß das Eine das Andere kontrollirt; ferner weil auch alljährlich jede Monturskommission durch den inspizirenden Brigadier und den kontrollirenden Kriegskommissär inventirt und von dieser Inventur ganz abgefordert, noch besonders durch eine Musterungskommission gemustert wird; endlich weil auch zu Vorschlägen und zu Qualifikations-Eingaben in Angelegenheiten der Montursbranche vielmehr der an Ort und Stelle häufig anwesende Brigadier als der in Wien domicilirende Monturs-Inspektor berufen ist.

Deshalb werden von ihm auch nur die nächsten Monturskommissionen alljährlich, die entfernten aber häufig erst in zwei Jahren einmal visitirt. Die Vereifung geschieht in der Regel vom Mai bis Oktober und die Zeit des Aufenthaltes bei einer Monturskommission dauert höchstens 14 Tage, eine Frist, die selbst für den tüchtigsten Kenner — was die Montursinspektoren nicht sind, denn dazu gehört kein Feldherrntalent und auch nicht das Verdienst Regimentskommandant gewesen zu sein — zu kurz ist, um nur einigermaßen von den Hauptgegenständen die Einsicht nehmen zu können.

Und diese Monturs-Inspektion kostet jährlich 12 bis 15,000 Gulden in Conventions-Münze, wie folgt:

I. Wenn der Monturs-Inspektor Generalmajor und — wie gegenwärtig — schon im fünften Jahre provisorisch ist.

a. an Sage	4000
b. an Quartiergeld	1000
c. an Diäten, wenn er auch nicht reist, das ganze Jahr hindurch, täglich 10 fl. 24 kr.	3797
d. an Differenzen für 6 Jourageportionen von dem Limitopreise pr. 3 fl. pr. Pferd und Monat, auf den vollen Anschaffungspreis von circa 10 fl.	504
e. für die Aufrechnung der Postgebühr für 6 Pferde (mit Ausnahme Stoßerau) durchschnittlich	1200
f. an Quartiergeld für die Kanzlei, die den Monturs-Inspektor in seiner Wohnung hält und die weit das Quartiergeld sub b. nicht in Anspruch nimmt	400
g. für den Adjutanten die Sage	600
das Quartiergeld	200
die Diäten während der Reise und Disstrirung	400
Summa	1200
h. für zwei Rechnungsadjunkten die Sage	600
das Quartiergeld	150
Summa	750
i. für den Privatdiener des Adjutanten die Löhnung, die Montur und die sonstigen Zusätze	100
k. für die Kanzleiordnung, welche, wie wir glauben, nicht systemisirt ist, aber auf Rechnung des Merars gehalten wird	100
Summa	13050

II. Wenn der Monturs-Inspektor wirklicher und Generalmajor ist.

a. alle Auslagen, die sub I. a, b, c, d, e, f, g, h, i und k detaillirt sind, in Summa	9254
b. an Zulage	1500
c. an Diäten bloß während der Vereifung und Disstrirung im Durchschnitte	1800
Summa	12554

III. Wenn der wirkliche Monturs-Inspektor Feldmarschalllieutenant ist.

a. an Sage	6000
b. an Diäten während der Vereifung und Disstrirung täglich 12 fl. 48 kr. circa	2200
c. für die Aufrechnung der Postgebühr für 8 Pferde	1600
d. die sub I. b, d, f, g, h, i und k detaillirten Ausgaben mit	4054
e. an Zulage	1500
Summa	15354

Stellen wir I. c und II. c in Vergleich, so finden wir, daß der Monturs-Inspektor im Vortheile ist, wenn er die Reisen beschränkt, so lange er provisorisch, und wenn er sie verlängert, sobald er wirklich geworden ist. Wer die Gelegenheit hat, die Reifepartikularen des provisorischen und des wirklichen Monturs-Inspektors einzusehen, der wird unsere Folgerung in der That bestätigt finden.

Das Kriegsministerium möge recht bald diese verschwenderisch dotirte und nutzlose Generalmonturs-Inspektion aufheben!

Karl Weiß.

Einzelne Nummern kosten 4 kr. Conv. Münze.